

Vorlage-Nr.: 0272/2023
Eingang: 27.11.2023



An die Bürgermeisterin
Frau Lück
Telegrafstraße 29-33
42929 Wermelskirchen

AfD Fraktion im Rat der Stadt Wermelskirchen
Fraktionsvorsitzender Karl Springer
Eich 11
42929 Wermelskirchen
Tel.:
Mail: k.springer@afd-wk.de
www.afd-wk.de

Wermelskirchen, den 21.11.2023

Anfrage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Die AfD Fraktion im Rat der Stadt Wermelskirchen bittet Sie um die Beantwortung/ Vorbereitung zur Beantwortung folgender Frage in der Ratssitzung am 11.12.2023:

In der Presse wird heute, am 21.11.2023, folgender Sachverhalt beschrieben:

„Die Bundesregierung schätzt die Auswirkungen des Verfassungsgerichtsurteils zum Klimafonds offenbar ernster ein als bisher angenommen. Das Finanzministerium (BMF) sperrt zahlreiche Posten im Bundeshaushalt. „Das BMF stoppt die Verpflichtungsermächtigungen in 2023, um Vorbelastungen für kommende Jahre zu vermeiden“, hieß es aus Kreisen des Ministeriums. Dies betreffe Etats aller Ministerien. Eine Verpflichtungsermächtigung gibt einer Verwaltung die Möglichkeit, bereits für künftige Jahre Zahlungsverpflichtungen einzugehen, etwa bei mehrjährigen Vorhaben.“

Anfrage:

Gibt es aus Sicht und in der Einschätzung der Verwaltung geplante oder bereits begonnene (z. B. in der Ausschussarbeit) notwendige oder erwünschte Projekte der Stadt Wermelskirchen die durch diese Sperrung der Geldflüsse auf Bundesebene in der Machbarkeit/ Finanzierung

1. direkt betroffen (gefährdet) sind
2. nicht durchgeführt werden können oder aus Vorsicht erst einmal nicht durchgeführt werden sollten

Als mögliche Beispiele seien stellvertretend der geplante Bau der Gesamtschule, die Ausstattung von Kitas, OGS, Betreuung, Inklusion, etc, die Entwicklung der Rhombus Fläche, geplante Ausgabensteigerungen durch Migration und ungesteuerte Zuwanderung, Wohnungsbau, dringend notwendige Infrastrukturprojekte und Aufgaben der allgemeinen Daseinsvorsorge.

Begründung:

Äquivalent zum Bundeshaushalt muss der Rat der Stadt Wermelskirchen bei Haushaltsplanung und Entscheidungen eine realistische Bewertung der Möglichkeiten vornehmen können. Aufgrund der neuen Sachlage ist davon auszugehen dass viele Vorhaben neu gedacht oder ganz auf Eis gelegt werden müssen. Hierzu braucht es dringend die Einschätzung der Verwaltung.

Mit besten Grüßen 
Karl Springer - Fraktionsvorsitzender


Joachim Hans Lietzmann - Stellv. Fraktionsvorsitzender